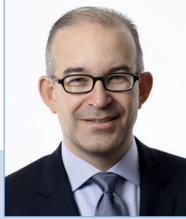


freiheit-liberté

Dezember 2022 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch



Editorial

«Wer ein öffentliches Amt übernimmt, sollte sich als öffentliches Eigentum betrachten», meinte der ehemalige US-Präsident Thomas Jefferson. Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher ergänzte: «There is no such thing as public money, there is only taxpayers' money!». Beides stimmt. Doch die Entwicklung geht in eine völlig andere Richtung. Die Verwaltungen wachsen immer mehr. Das ungebremste Stellenwachstum macht Sorgen – auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene. Beamten, die Vorschriften produzieren und kontrollieren, prägen unser Leben zusehends. Dies schränkt nicht nur unsere Freiheit ein, sondern kostet auch immer mehr.

Die Zahlen sind beängstigend. Die Bundesverwaltung ist in den letzten zwanzig Jahren von gut 31'000 auf fast 40'000 Stellen gewachsen. Ein weiteres Wachstum lässt sich kaum bremsen. Ähnlich ist es beim Kanton Zürich: 2022 wurden 1'100 neue Stellen geschaffen, für 2023 sind sogar 1'370 zusätzliche Jobs geplant. Per Ende Jahr werden rund 51 000 Personen beim Kanton arbeiten. Rechnet man die öffentlichen Unternehmen (EKZ, ZKB) und die Angestellten der 162 Gemeinden mit ein, kommt man auf über 160'000 Personen, die im öffentlichen Sektor arbeiten.

Fazit: Alle Zeichen stehen auf Alarm. Über die Kosten dieser Entwicklung spricht kaum jemand. Umso erstaunlicher ist die Haltung der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, die «keinen Mehrwert» darin sieht, wenn die Kosten von Vorstössen erfasst werden: weder die Kosten, die durch die Bearbeitung verursacht werden, noch die Kosten, welche eine Annahme auslösen würde. Die Verwaltung solle nicht Aufwand betreiben für die Erfassung von Kosten, ohne dass daraus eine Verbesserung der Arbeit resultiere.

Jeder Gewerbler reibt sich hier die Augen. Kosten werden in der Verwaltung nicht erfasst, weil die Erfassung einen zu hohen Aufwand darstellen würde? In der Privatwirtschaft gehen Betriebe, die so arbeiten, normalerweise bald einmal Konkurs.

Mit besten Grüßen,

Gregor Rutz, Nationalrat

Grünliberale wollen Raumplanung mehr auf Frauen ausrichten Gendersensible Planungsschwächen

Wer der Auffassung war, Strassen, Tunnels oder Velowege seien für die gesamte Bevölkerung von gleicher Bedeutung, sieht sich durch Vorstösse aus den Reihen der Grünliberalen eines Besseren belehrt: Die Zürcher Gemeinderätin Carla Reinhard hat herausgefunden, dass die Raumplanung grobe Defizite im Bereich der Gendersensibilität aufweist. Da staunt der Laie, und der Fachmann wundert sich.

Im Zusammenhang mit dem Bau eines Velotunnels in der Stadt Zürich haben die grünliberalen Gemeinderätinnen Carla Reinhard und Serap Kahrman einen Vorstoss eingereicht. Sie weisen den Stadtrat darauf hin, dass Frauen oftmals Unterführungen und Tunnels mit Angst assoziieren. Entsprechende Gefühle können dazu führen, dass solche Bauten und Plätze von Frauen dann generell gemieden würden. Wolle man erreichen, dass solch teure Bauten wie ein Velotunnel auch wirklich von der gesamten Bevölkerung in gleichem Masse genutzt würden, sei für die Städteplanung ein entsprechendes Konzept unumgänglich. Die Stadt Wien etwa habe dies unter dem Titel «Gender Mainstreaming» erfolgreich umgesetzt.

Gender Mainstreaming

Tatsächlich legt die Stadt Wien in ihren Publikationen ausführlich dar, welche Bedeutung dem «Gender Mainstreaming» in der Donau-stadt zukommt. Der gleichberechtigte Zugang und die gleichberechtigte Nutzung von Dienstleistungen ist von zentraler Bedeutung. Daher muss zunächst genau überprüft werden, ob Dienstleistungen und Produkte unterschiedlich auf Frauen und Männer wirken. Sodann will die Stadt Massnahmen treffen, um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis auf allen Entscheidungsebenen zu erreichen. Arbeitsplätze werden «baulich gegendert» und barrierefrei gestaltet – so etwa durch «gegenderte Beschilderung, ausreichende Beleuchtung» oder auch die «Vermeidung von potenziell Angst erzeugenden Situationen», zum Beispiel schlecht zugänglichen Archivräume im Keller.

Gender Planning in Berlin

Auch die Stadt Berlin hat entsprechende Konzepte bereits umgesetzt. Im modernen Gender Mainstreaming dürfe aber nicht mehr «die Frau» als einheitliche Zielgruppe in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Aufmerksamkeit müsse vielmehr auf das Verhältnis zwischen den Geschlechtern und auf deren vielfältige Lebenslagen gelenkt werden. Die Kategorie Geschlecht dürfe nicht isoliert, sondern in ihrem Wechselverhältnis zu anderen sozialen, demografischen und kulturellen Merkmalen betrachtet werden.

Erst «Gender Planning» berücksichtige die «Aneignungs- und Raumnutzungsmuster der Geschlechter und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen» und fördere die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld.

Erwerbstätige Männer im Mittelpunkt?

Dem GLP-Vorstoss folgten weitere Interventionen. Während Reinhard und Kahrman in ihrem Postulat noch von «gendersensiblen und inklusiven Planungsschwächen» sprechen, formulieren es SP-Vertreterin Hannah Locher und Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) klarer: Bisher sei die Stadtplanung «auf die traditionelle Vorstellung eines gesunden, erwerbstätigen Mannes» ausgerichtet gewesen. Gleichzeitig sei auf «Personen mit Doppelbelastung» wenig Rücksicht genommen worden. Damit meinen die Postulantinnen arbeitstätige Mütter, die Kinder zu betreuen haben – aber nicht Männer, die z.B. gleichzeitig, eine Feuerwehrkompanie kommandieren oder ein Parlamentsmandat wahrnehmen.

Bei der Projektvergabepaxis der Stadt müsse Gender Mainstreaming als Bedingung eingeführt werden: Nur wer Minderheitenperspektiven in seine Planungsprozesse einbeziehe, dürfe berücksichtigt werden. Eine solche Perspektive zeigt sich etwa darin, dass Männer viel häufiger mit Autos unterwegs sind als Frauen. Der Grund liege darin, dass Frauen «komplexere Wege» absolvieren und z.B. nach der Arbeit noch bei betagten Angehörigen vorbeischauchen. Deswegen würden sie eher zu Fuss gehen oder den öffentlichen Verkehr benützen.

Sicherheit schaffen durch Strom sparen?

Man darf gespannt sein, welche Resultate die Arbeitsgruppen und Experten hervorbringen, welche wohl schon in Kürze eingesetzt werden. Dass sich ausgerechnet jene Parteien für mehr Feminismus in der Verkehrs- und Baupolitik einsetzen, welche kürzlich noch die Strassenbeleuchtung nachts ausschalten wollten, um Strom zu sparen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Feierabendanlass in Berikon zum Kuhglocken-Verbot

Übergabe des «Rostigen Paragraphen 2022»

Dieses Jahr ging der Rostige Paragraph nach Berikon. Dort muss Walter Brechbühl, ein ortsansässiger Bauer, seinen Kühen künftig ab 22 Uhr die Glocken ausziehen, weil ein Anwohner eine Beschwerde wegen Lärmbelästigung erhoben hat. Die Nachtruhe gelte auch für Kühe, sagt die Verwaltung. Da der Beschwerdeführer nicht an der Preisverleihung teilnehmen wollte, hat die IG Freiheit den Rostigen Paragraphen nach Berikon gebracht.



Nationalrat Gregor Rutz mit Landwirt Walter Brechbühl: Symbolische Übergabe des Rostigen Paragraphen 2022

An einem sonnigen Augustabend trafen sich im Landgasthof Stalden in Berikon gegen 50 Teilnehmer zur Übergabe des Rostigen Paragraphen 2022. Unter den

Anwesenden waren auch Gemeindevorstand Stefan Bossard und der betroffene Bauer Walter Brechbühl. Auch Nationalrat Andreas Glarner aus der Nachbargemeinde Oberwil-Lieli sowie alt Nationalrat Lieni Füglistaller mischten sich unter die Leute. Nach einer Begrüssung von Gemeindevorstand Stefan Bossard ergriff Walter Brechbühl das Wort. Er erklärte den Anwesenden die Geschichte hinter dem Kuhglocken-Streit. Gregor Rutz übergab Brechbühl sodann den «Rostigen Paragraphen» und bat ihn, diesen symbolisch in den Kuhstall zu stellen: Die Kühe sollen sehen, dass es viele Menschen gibt, die sich mit ihnen solidarisieren.

Die Geschichte bewegte im Aargau viele Menschen. Dass auch Tele M1 und die Aargauer Zeitung über die Preisverleihung in Berikon berichten, sagt viel über die Tragweite dieses Falls. Bei einem frischen Glas Weisswein liessen die Anwesenden den Abend ausklingen – und wer noch nicht Mitglied der IG Freiheit war, wurde dies spätestens jetzt.



Gemeindevorstand Stefan Bossard

Besuch der IG Freiheit in Romanshorn

Qualität, Tradition und Erfolg

Einmal mehr durfte die IG Freiheit zu einem spannenden Unternehmensbesuch einladen. Die Reise führte nach Romanshorn zum Stahlbauunternehmen Ernst Fischer AG. Vorstandsmitglied Diana Gutjahr, welche die Thurgauer SVP seit einigen Jahren im Nationalrat vertritt, begrüßte eine ansehnliche Schar von Mitgliedern zu diesem speziellen Anlass am Bodensee.



Thomas Müller, Severin Gutjahr, Nationalrätin Diana Gutjahr, Roland Gutjahr sowie die Nationalräte Gregor Rutz und Roland Büchel in Romanshorn

Seit 1911 ist die Ernst Fischer AG in Romanshorn in den Bereichen Stahl- und Metallbau tätig. Vor über hundert Jahren als Schlosserei gegründet, wurde der Betrieb 1961 in eine Aktiengesellschaft umgewan-

delt. Heute beschäftigt der Betrieb 80 Mitarbeiter, darunter etliche Lehrlinge.

Nach einer Einführung von Diana und Severin Gutjahr begab sich die Gruppe auf den Betriebsrundgang, begleitet von Verwaltungsratspräsident Roland Gutjahr, der den Betrieb 2010 übernehmen konnte, nachdem er ihn schon lange Jahre als Geschäftsführer auf- und ausgebaut hatte. Sei es das Projekt der neuen Eishockey-Halle in Zürich (Swiss Life Arena), seien es die unzähligen Tankstellen-Shops: Die Projekte des Stahlbauunternehmens faszinieren. Mit Interesse verfolgten die Teilnehmer auf dem Rundgang die verschiedenen Arbeitsschritte. Manch einer staunte über die Dimensionen der jeweiligen Projekte.

Ein genussreicher Apéro, bei welchem natürlich politische Diskussionen nicht

fehlen durften, rundete den Anlass in Romanshorn ab.



Diana Gutjahr im Gespräch beim Betriebsrundgang

Startveranstaltung im Splash & Spa in Rivera

IG Freiheit nun auch im Tessin präsent

Im November fand in Rivera eine Premiere statt: Die IG Freiheit führte ihren ersten Anlass im Kanton Tessin durch. Unter dem Namen «Priorità Libertà» ist die Vereinigung nun auch im italienischsprachigen Raum präsent. Der Anlass, der zusammen mit der Camera di Commercio durchgeführt wurde, war ein voller Erfolg.



Luca Albertoni begrüsst die zahlreichen Gäste

Seit der Gründung im Herbst 2006 hat die IG Freiheit ihren Wirkungskreis stetig erweitert. Heute zählt die Vereinigung über 2'000 Mitglieder. Seit dem November 2022 ist sie nicht nur in der Deutschschweiz und in der Suisse Romande präsent, sondern auch im Tessin. Dort tritt die IG Freiheit unter dem Namen «Priorità Libertà» auf.

Am 8. November fand der erste Anlass statt, unterstützt durch die Tessiner Handelskammer, die Camera di Commercio. Unter den über 70 Teilnehmern hatte es sowohl Unternehmer, Gewerbevertreter, als auch Grossräte verschiedener Parteien.



Gregor Rutz, Fabio Regazzi, Rocco Cattaneo und Luca Albertoni (v.l.n.r.)

Vorstellung der IG Freiheit

Nach einer Begrüssung durch Luca Albertoni stellte Gregor Rutz die IG Freiheit vor. Er informierte über die Ziele und Aktivitäten der Vereinigung und erwähnte auch die Erfolge, welche die IG Freiheit bereits erzielt hat – so etwa die gewonnene Abstimmung über die Revision des Arbeitsgesetzes, nach welcher die Tankstellen-Shops ihr Sortiment endlich normal verkaufen konnten. Insbesondere die jährliche Verleihung des

«Rostigen Paragraphen» - vielen Tessinern noch unbekannt – stiess auf Begeisterung und Zustimmung.

Danach ergriff Rocco Cattaneo das Wort. Er sitzt für die Tessiner FDP im Nationalrat und ist Verwaltungsratspräsident der Splash & Spa Tamaro SA. Cattaneo stellte den Anwesenden die beeindruckende Anlage vor: Bäderlandschaft und Wellnessbereich laden zum Entspannen ein, während auf fünf Wasserserrutschen auch der Adrenalin-Kick nicht zu kurz kommt. Man findet hier einen 38 Grad warmen Pool mit Unterwassermusik ebenso wie eine mit Kastanienholz ausgekleidete Sauna. Für Familien ein optimaler Schlechtwetter-Ausflug!

Zahlreiche Neumitglieder

Den Abschluss machte Nationalrat Fabio Regazzi, der gleichzeitig das Präsidium des Schweizerischen Gewerbeverbands innehat. Er führte aus, wie kostentreibend und mühsam die wachsende Bürokratie für die einzelnen Unternehmen ist. Dieser Entwicklung könne nur mit hartem parlamentarischem Druck begegnet werden. Gerade aus diesem Grund sei die IG Freiheit so wichtig: Der überparteilichen Vereinigung gelinge es immer wieder, Mehrheiten zu schaffen. Dies sei unerlässlich, um politisch Einfluss ausüben zu wollen.

Seine Worte nahmen sich zahlreiche Anwesende zu Herzen, so dass die IG Freiheit am Ende des Abends unzählige Neumitglieder begrüssen durfte. Eines ist klar: Im kommenden Jahr wird wieder ein entsprechender Anlass stattfinden.

Paragraphen-Warnung

Gipfeliplausch auf Staatskosten

Eher eigenwillige Diskussionen prägen derzeit die Schaffhauser Parlamente. Der Kantonsrat befand über einen Vorstoss bezüglich regelmässiger Pausen. Während der Corona-Pandemie führte das Kantonsparlament aufgrund geschlossener Restaurants die Pausen jeweils gemeinsam durch. Kaffee und Gipfeli wurden vom Kanton bezahlt, was die Steuerzahler rund 10'000 Franken kostete. SP-Politiker Matthias Freivogel will diese Tradition weiterführen: Wenn man in den Pausen Lösungen und Kompromisse findet, verkürze dies die Sitzungen. Er fand mit seinem Anliegen eine Mehrheit – auch wenn umstritten war, ob der Kaffeeplausch wirklich von den Steuerzahlern finanziert werden muss.

Prosit Schaffhausen

Derweil stehen im Schaffhauser Stadtparlament andere Themen im Vordergrund. Der diesjährige Ausflug des Grossen Schaffhauser Stadtrats hatte es in sich. Auf besagter Reise bestellten einige Ratsmitglieder insgesamt 60 Schnäpse, weigerten sich aber partout, diese zu bezahlen. Dies trug ihnen einen Rüffel der Ratspräsidentin ein, welche ihr Verhalten als «unanständige Überheblichkeit gegenüber dem Steuerzahler» titulierte. Kinderstube sei offenbar auch im Stadtparlament nicht selbstverständlich. Die Spirituosenbranche wird's freuen.

Warnhinweise auf Autowerbung

Die grüne Genfer Nationalrätin Isabelle Pasquier-Eichenberger fordert Warnhinweise für Autowerbung. Die Werbung für «motorisierte Landfahrzeuge» solle künftig zwingend einen Hinweis darauf enthalten, besser zu Fuss zu gehen, ein Velo oder den öffentlichen Verkehr zu benützen oder sonst zumindest Fahrgemeinschaften zu bilden. Sie schlägt folgende Slogans vor, ähnlich wie in Frankreich: «Bilden Sie Fahrgemeinschaften», «Nutzen Sie für kurze Strecken den Langsamverkehr» oder «Benützen Sie im Alltag den öffentlichen Verkehr».

So werde, neben der Bekämpfung der Luftverschmutzung und der Lärmbelastung, auch ein gesünderer Lebensstil gefördert. Warnhinweise auf Autowerbung würden somit auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit liegen. Insbesondere seien die positiven Auswirkungen des Gehens auf das Herz-Kreislauf-System und die Atemwege, die durch unsere inaktive Lebensweise beeinträchtigt werden, bewiesen. Wetten, dass als nächstes Postulat Warnhinweise auf Weinflaschen kommen?

Schlusspunkt

Auf dem Weg zum gläsernen Bürger

Auf der Suche nach Steuergeldern und mehr Macht werden Politiker oft erfinderisch. Auf europäischer Ebene wird seit einiger Zeit ein umfassendes Vermögensregister gefordert. Die genaue Registrierung aller Besitzer soll dabei helfen, Geldwäscherei zu bekämpfen, Kriminelle aufzuspüren und Steuerhinterziehung zu verhindern.

Bereits heute haben die EU-Mitgliedstaaten eine Verpflichtung, ein zentrales Register darüber zu führen, wer welche Vermögenswerte besitzt. Da diese nationalen Register aber – v.a. bei der Erfassung von Immobilien – uneinheitlich geführt werden, gibt es immer wieder Forderungen für ein einheitliches europäisches Register: Die EU-Staaten sollen ihre nationalen Register vervollständigen und miteinander vernetzen, heisst es.

Die Begründungen hierfür wechseln regelmässig: Einmal steht der Kampf gegen Steuerhinterziehung im Vordergrund, dann der Kampf gegen russische Oligarchen und die Umsetzung von Wirtschaftssanktionen, aber regelmässig auch die Bekämpfung der Geldwäscherei. Immer handelt der Staat nach allerbesten Motiven. Die gefährliche Entwicklung zum Überwachungsstaat und der damit einhergehende Verlust der Freiheit ist vielen Betroffenen nicht bewusst.

EU will neue Regelungen

Die Europäische Union will bis 2024 ihre Regelungen für die Bekämpfung der Geldwäscherei reformieren. Um Kriminelle aufspüren zu können, muss man letztlich jedem Vermögensgegenstand einen Eigentümer zuordnen können oder umgekehrt alle Vermögensgegenstände jeder Person transparent machen. Hierfür braucht es nicht nur ein umfassendes Vermögensregister, sondern es müssen auch sämtliche Zahlungsströme überwacht werden. Eine unmögliche Vorstellung für einen liberalen Rechtsstaat.

Dafür wollen namentlich linke Politiker ein Bargeld-Verbot. So fordert die deutsche Innenministerin eine Senkung der Bargeld-Obergrenze auf 10'000 Euro. In der Schweiz wurden

entsprechende Forderungen bislang immer klar abgelehnt. Nun plant der Bundesrat aber erneut einen Anlauf zur Verschärfung der Geldwäscherei-Gesetzgebung. Die Formulierungen, welche die Bundesverwaltung verwendet, sind verklausuliert – man merkt kaum, worum es geht.

Register und Regelungen für Anwälte?

Betreffend der «Massnahmen zur Transparenz und zur Identifizierung der wirtschaftlich Berechtigten von juristischen Personen» bestehe noch «Verbesserungspotenzial», heisst es aus Bundesbern. Daher soll nun bis Juni 2023 eine Gesetzesvorlage erarbeitet werden, um die Transparenz zu erhöhen und die Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten zu erleichtern. Die Begründung ist auch hier vornehm und edel: Die «Integrität und Reputation des Finanzplatzes» solle gestärkt und die «Strafverfolgung im Bereich der Finanzkriminalität» verbessert werden.

Wer die geplanten Massnahmen studiert, muss hellhörig werden. Geplant sind insbesondere «ein zentrales Register zur Identifikation wirtschaftlich Berechtigter» sowie die Einführung neuer Pflichten zur «risikobasierten Aktualisierung von Informationen über effektiv Berechtigte». Das Dispositiv zur Abwehr von Geldwäscherei soll «etwa im Bereich Rechtsberufe» gestärkt werden.

Gefährliche Forderungen aufgewärmt

Diese Ausführungen zeigen: Das Staatssekretariat formuliert hier nicht etwa neue Ideen, sondern nimmt exakt jene Punkte aus der Schublade, welche bei der letzten Revision des Geldwäscherei-Gesetzes abgelehnt worden sind.

Bild des Monats



Impression aus London: Neue Symbole auf den Verkehrsampeln

Aufgeschnappt

Pilotprojekt: Menstruationsurlaub

Die Stadt Zürich hat auf Antrag von zwei grünen Gemeinderätinnen ein «Pilotprojekt» bewilligt, um einen sog. Menstruationsurlaub zu testen. Mitarbeiterinnen, die unter regelmässigen Beschwerden leiden, sollen künftig einen bis fünf Tage pro Monat einen Dispens beantragen können – bei voller Bezahlung. Gegnerinnen dieses Projekts weisen darauf hin, dass man sich bereits heute ein Arztzeugnis ausstellen lassen kann, wenn medizinische Probleme vorliegen. Neu an diesem Projekt ist aber: Auch trans- und nicht-binären Menschen soll die Option eines Menstruationsurlaubs offenstehen.



Veranstaltungen

17. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

25. Mai 2023

«Aura», Bleicherweg 5, 8001 Zürich



LIBERALES INSTITUT

Veranstungshinweis

LI-Gespräch «Kapitalismus, Sozialismus und Krieg»

Dienstag, 28. Februar 2023

Universität Zürich, Rämistrasse 71, Raum: KOL-E-18 – Beginn um 18.30 Uhr (Eintreffen ab 18 Uhr)

LI-Jugendanlass «Häsch dir scho mal überleit...?»

Dienstag, 4. April 2023

St. Gallen – Türöffnung um 18:00 Uhr, Beginn um 18:30 Uhr

LI-Gespräch «Vermögensschutz in Krisenzeiten»

Dienstag, 23. Mai 2023

Universität Zürich, Rämistrasse 71, Raum: noch unbekannt – Beginn um 18.30 Uhr (Eintreffen ab 18 Uhr)

Details zu den Veranstaltungen finden Sie unter: www.libinst.ch



Impressum



IG Freiheit
Postfach 470, CH-8702 Zollikon
T +41 43 499 40 33, F +41 44 391 32 30
info@freiheit-liberte.ch
www.freiheit-liberte.ch
Postkonto: 85-518003-6
Auflage: 3'000 Expl.